

GdP: Kurz berichtet

März 2004



1. **Neue Broschüre Deeskalationstraining**
2. **Weiterentwicklung des Personalrechts**
3. **Optimierung der Verbrechensbekämpfung**
4. **AG Schreibkräfte**
5. **Iris Michel im Landeskontrollausschuss**
6. **Betrug greift um sich**
7. **Steuermodelle der Parteien**
8. **Ausstellung verlängert**
9. **Die Probleme der Sozialkassen**
10. **Entschuldigender Notstand**
11. **GdP – Faltblatt zum neuen Waffengesetz**
12. **EuroCOP**
13. **Vor Entlassungswelle im Einzelhandel?**
14. **Zerfällt die TDL?**
15. **Neufestsetzung der Krankenversicherungsbeiträge**
16. **Fachtagung: Kirche und DGB für würdige Arbeit**
17. **Fundamentalisten im Arbeitgeberlager?**
18. **Terminhinweise**
19. **Zur Erinnerung**

1. Neue Broschüre Deeskalationstraining

Der Vorsitzende des GdP – Fachausschuss' Kriminalpolizei Hans Jürgen Ladinek hat gemeinsam mit dem Studiendirektor Josef Ising eine Handlungsanleitung zum Deeskalationstraining veröffentlicht (ISBN: 3-00-012321-0). Polizeipräsident Wolfgang Fromm lobt das Team für ihre „nachhaltige, fachkundige und praktische Arbeit mit Jugendlichen“.

2. Weiterentwicklung des Personalrechts

GdP – Vorstandsmitglied Heinz Werner Gabler berichtete im Landesbeirat über die aktuellen Diskussionen zum Beamtenrecht, der Vorlage der Bull-Kommission (NRW) und die Beamtenversorgung (Pensionen) im Hinblick auf die bereits beschlossenen Änderungen bei den Renten. Die GdP wird nächste Woche in Berlin hierzu eine Fachtagung durchführen. Kollege Gabler leitet dort die Diskussion zur Beamtenversorgung.

3. Optimierung der Verbrechensbekämpfung

Bernd Becker, stellv. Landesvorsitzender der GdP, erläuterte dem Landesbeirat den aktuellen Stand der Überlegungen in den Arbeitsgruppen, die auf Landesebene für das Innenministe-

rium Vorschläge erarbeiten sollen. „*Es macht keinen Sinn, das Rad neu erfinden zu wollen*“, so Becker und bekräftigte die Forderungen der GdP:

- Die bewährten Organisationen sollen beibehalten werden.
- Die Vorschriften sollen an sinnvolle Änderungen aus der Praxis angepasst werden.
- Landeseinheitliche Vorgaben für die Bearbeitungszuständigkeit sollen weit gefasst werden, um Entscheidungsspielräume vor Ort zu eröffnen.
- Änderungen sollen unterlassen werden, wenn nicht ein sicherer Mehrwert erkennbar ist.

4. AG Schreibkräfte

Die von der GdP initiierte AG Schreibkräfte hat ihre umfangreiche Arbeit zur zeitgerechten Beschreibung der Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen weitgehend abgeschlossen, berichteten die stellv. GdP – Landesvorsitzende Annemarie Grindel und Vorstandsmitglied Margarete Relet. Die AG hat die Tätigkeiten beschrieben, die sich schon lange nicht mehr nach dem Tarifvertrag für Schreibkräfte, sondern durch Tätigkeiten in der Sachbearbeitung, z.B. im sog. Geschäftszimmer auszeichnen. Im nächsten Schritt werden die Feststellungen der AG mit dem Innenministerium besprochen. „*Sollte die Arbeitsplatzbeschreibung erfolgreich bestätigt werden, hoffen wir auf eine originäre Eingruppierung nach BAT VII und VI b*“, so Grindel.

5. Iris Michel im Landeskontrollausschuss

Der Landesbeirat wählte Iris Michel als Vertreterin der Bezirksgruppe Koblenz in den Landeskontrollausschuss der GdP. Sie löst Koll. Norbert Puth in dieser Funktion ab, der dem Gremium als Kreisgruppenvorsitzender der KG PD Mayen nicht mehr angehören konnte.

6. Betrug greift um sich

Callahan: Ob Spesenbetrug oder illegal kopierte Musikstücke – keiner fühlt sich mehr schuldig. Die Menschen in den USA, aber auch in anderen westlichen Ländern, haben das Vertrauen in die Gerechtigkeit verloren. Seit es in den achtziger Jahren zu einer Radikalisierung der freien Marktwirtschaft gekommen ist, glauben die Menschen nicht mehr daran, dass jeder die gleichen Chancen hat, jeder Millionär werden kann. Der „American Dream“ ist geplatzt und sie fühlen sich im Stich gelassen.

SPIEGEL: Wo fängt alltäglicher Betrug an?

Callahan: Man muss dafür keine Gesetze brechen: Fast 30 Prozent der amerikanischen Studenten geben zu, ihre Hausarbeiten aus dem Internet zu kopieren. Trotzdem sind die modernen Technologien nicht schuld an der extremen Zunahme von Straftaten und Schummeleien.

SPIEGEL: Wer dann?

Callahan: Die Gewinner unserer Gesellschaft. Topmanager von großen Konzernen wie Enron oder Halliburton, die ihre Firmen schamlos geplündert haben – auf Kosten der Angestellten. Die Botschaft an den kleinen Mann lautet: Wer Geld hat, besitzt Macht, stellt eigene Regeln auf.

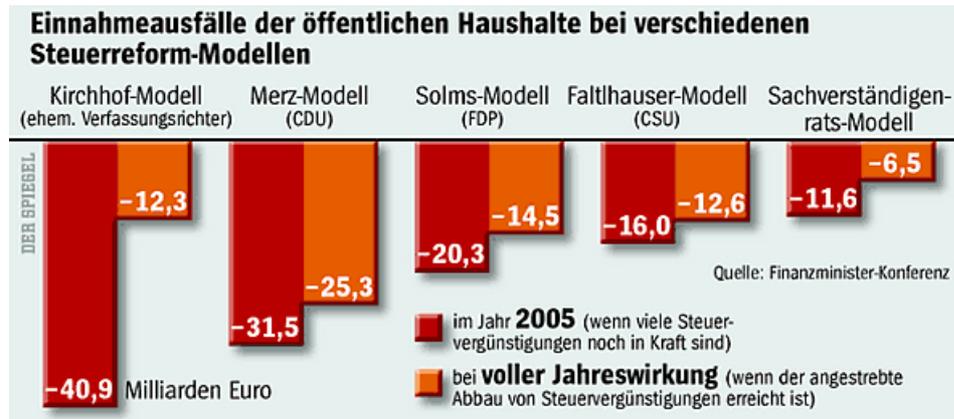
SPIEGEL: Was muss passieren?

Callahan: Wir brauchen mehr Kontrollen für die Leute an der Spitze. Nicht einmal in den zwanziger Jahren war Korruption in den USA so selbstverständlich wie zurzeit. Aber was kann man von einer Regierung erwarten, die die Gefahren eines Diktators mit Hilfe einer aus dem Netz kopierten, uralten Studentenarbeit beschwört?

Der 38-jährige US-Autor David Callahan über den Betrug als Volkssport

7. Steuermodelle der Parteien

Der SPIEGEL hat die unterschiedlichen Steuermodelle der Parteien berechnen lassen. Der Überblick:



Ein vernichtendes Urteil fällt das WSI in dem Gutachten über die radikalen Modelle für Steuerersenkungen. Die Wissenschaftler warnen nicht nur vor *"wachstums- und beschäftigungspolitischen Risiken"*, die sich durch die Einnahmeausfälle für den Staat und den daraus resultierenden Sparzwang ergäben. Auch unter Gerechtigkeitsaspekten halten sie die diskutierten Reformen für nicht akzeptabel. *"So würden die Reformen für eine relevante Zahl von Arbeitnehmerhaushalten im unteren und mittleren Einkommensbereich netto zu einem Minusgeschäft werden, während Arbeitnehmer- und Selbstständigenhaushalte mit hohen und sehr hohen Einkommen tendenziell deutlich entlastet würden"*, heißt es in der Studie, die der FR vorliegt. Dies gelte, obwohl die reichen Haushalte durch den Wegfall von Steuerprivilegien Einbußen erleiden würden.

Nachteile drohen "normalen" Beschäftigten demnach vor allem, wenn die Steuerfreiheit für Schicht- und Feiertagszuschläge sowie die Pendlerpauschale gestrichen würden. Als Faustregel gibt WSI-Experte Achim Truger an: *"Wer bisher mehr als zehn Prozent steuerfreie Zuschläge zum Bruttolohn erhält und dabei 20 Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt wohnt, müsste damit rechnen, gegenüber dem geltenden Steuerrecht schlechter gestellt zu werden."*

Quelle: Frankfurter Rundschau

8. Ausstellung verlängert

Koll. Hubert Rost stellt in der Geschäftsstelle der GdP einige seiner Werke aus (s. ‚Deutsche Polizei‘ 3/2004). Auf vielfachen Wunsch wird die Ausstellung bis Mitte April verlängert.

9. Die Probleme der Sozialkassen

sind keine Folge des demografischen Wandels in der Gesellschaft. Zu diesem Ergebnis kommt Demografie-Experte Ernst Kistler in der Zeitschrift *WSI-Mitteilungen*. Durch *"die hohe Arbeitslosigkeit, die Ausbreitung von sozialversicherungsfreien Jobs, die schiefe Einkommensverteilung, eine zurückhaltende Lohnpolitik und die falsche Finanzierung der deutschen Einheit"* seien die Einnahmen der Sozialsysteme zurückgegangen, schreibt Kistler, der am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie lehrt. Die eingesetzten Expertengremien wie die Hartz-Kommission seien bei ihren Empfehlungen zudem häufig von unrealistischen Annahmen ausgegangen. Das *"fehlgeleitete Gerede"* von einer demografisch bedingten umkippenden Arbeitsmarktbalanz sei daher kaum mehr als Propaganda.

10. Entschuldigender Notstand

Zu Anklageerhebung gegen Wolfgang Daschner

„Nach Kommentaren zu urteilen, die seit dem Tag der Anklageerhebung gegen Wolfgang Daschner und den mitbeschuldigten Hauptkommissar durch die Presse gehen, haben sich die beiden Polizeibeamten des schweren Rechtsbruchs schuldig gemacht. Doch die Frage stellt sich, ob der damalige Vize-Polizeipräsident von Frankfurt und der Vernehmungsbeamte wirklich strafrechtlich relevant gehandelt haben. Für Wolfgang Daschner war es Chefsache, schnellstens den vier Tage zuvor verschleppten Jakob von Metzler ausfindig zu machen, doch der inzwischen gefasste und im Verhör befindliche Verdächtige, der für die Freilassung des 14-Jährigen eine Million Euro Lösegeld gefordert hatte, weigerte sich beharrlich, das Versteck preiszugeben. Eile war geboten: Dass der Entführer das Kind bereits am ersten Tag umgebracht hatte, konnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand wissen. In seiner Sorge um das Leben des Jungen hat sich der erfahrene Spitzenbeamte Daschner ganz gewiss nicht blauäugig auf rechtliches Glatteis begeben. Nach § 35 StGB (Entschuldigender Notstand) handelt nicht schuldhaft, wer in entschuldigendem Notstand einen Straftatbestand rechtswidrig verwirklicht. Dass ein Straftatbestand vorliegt, ist unstrittig; ebenso unbestreitbar ist aber auch, dass in diesem tragischen Grenzfall ein entschuldigender Notstand vorgelegen hat.

Darüber hinaus befürchten Juristen und Menschenrechtsorganisationen bei Nichtverurteilung der beiden Beamten einen Präzedenzfall im Hinblick auf Foltermethoden bei Verhören. Wolfgang Daschner mag durch sein - im Übrigen von ihm selbst genauestens dokumentiertes - Vorgehen derartigen Befürchtungen Vorschub geleistet haben, doch auch hieraus lässt sich kein Straftatbestand konstruieren. Die Staatsanwaltschaft hat pflichtgemäß Anklage erhoben. Das gehört zu unserer Rechtsstaatlichkeit und ist gut so. Nun bleibt zu hoffen, dass den beiden Beschuldigten ein Verfahren zuteil wird, das sich nicht von "political correctness" leiten lässt, sondern zu einem der Ausnahmesituation Rechnung tragenden Rechtsspruch gelangt.“

Gerhard Nisslmüller, Schlangenbad, Leserbrief aus der Frankfurter Rundschau

11. GdP – Faltblatt zum neuen Waffengesetz

Das neue Waffengesetz ist zum 1. April 2003 in Kraft getreten. Zusammen mit der Allgemeinen Verordnung, die Anfang Dezember 2003 in Kraft trat, sind damit so zahlreiche Veränderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage eingetreten, dass eine Kurzinformation für den allgemeinen Polizeidienst sinnvoll ist. Daher hat die GdP ein Faltblatt entwickelt, das in Postkartengröße die wichtigsten Informationen zur Beurteilung waffenrechtlicher Fragen enthält. Zugleich sind die nach dem neuen Waffengesetz verbotenen Gegenstände aufgelistet.

Die Faltkarte zum neuen Waffenrecht soll dazu dienen, im täglichen Dienst eine schnelle Hilfe für die erste Beurteilung eines Sachverhalts zu geben. Daher ist das Format so gehalten, dass man die Karte problemlos mit sich führen kann (ähnlich wie bei der GdP-Faltkarte zum Fahrerlaubnisrecht). Beide Faltblätter liegen bei den Kreisgruppen der GdP vor.

12. EuroCOP

EuroCOP - Vorsitzender Heinz Kiefer gab beim GdP - Bundesvorstand einen Überblick über die Arbeit von EuroCOP, dem Zusammenschluss der europäischen Polizeigewerkschaften. Die soziale Situation der griechischen Polizei im Vorfeld der Olympischen Spiele im Sommer 2004 war einer der Schwerpunkte. Sowohl die italienischen und griechischen Gewerkschaften streben die Aufnahme in EuroCOP an.

13. Vor Entlassungswelle im Einzelhandel?

Die Metro AG startet in ihrer real-Filiale einen Testlauf einer sog. Fastlane. Der Kunde hält selbst den Strichcode der Ware an den Scanner und legt sie dann in Plastiktüten, die an einem Metallgestell hängen. Eine integrierte Waage prüft, ob die Eingabe mit der Ware übereinstimmt. Bei Fehleingaben stürmt ein Aufpasser vom Kundenassistentenplatz herbei, berichtet der SPIEGEL. Bezahlt wird per Karte. 15 % des Umsatzes wurden in der Testphase bereits an der Do-it-yourself-Kasse erreicht. Bis Anfang 2005 (!) sollen bereits 200 SB-Kassen eingerichtet werden.

Die Gewerkschaften fürchten den Abbau von Hunderttausenden Arbeitsplätzen: „Durch die Scheiß-Roboter werden die Menschen doch alle arbeitslos!“

14. Zerfällt die TDL?

Am 23. März findet die nächste Konferenz der Ministerpräsidenten statt. Nach Auskunft von Ministerpräsident Stoiber wird dort auch über die Zukunft der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) beraten. Die Gewerkschaften fürchten, dass die von den Ländern durchgepeitschte Öffnungsklausel im Beamtenrecht nun auch ihr Teufelswerk im Tarifbereich entfalten könnte. Wenn die Länder isoliert für ihre Angestellten und Arbeiter mit den Gewerkschaften verhandeln sollten, stehen uns mehr als heiße Monate mit neuem Lohndumping ins Haus! DGB und GdP fordern Ministerpräsidenten Kurt Beck nachdrücklich auf, sich für den Erhalt der TDL einzusetzen!

15. Neufestsetzung der Krankenversicherungsbeiträge

Gegen die Neufestsetzung der Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten ist in der Regel kein Widerspruch mehr nötig. Darauf haben sich Kassen, Verbände und Gewerkschaften geeinigt.

Die Beiträge waren mit der so genannten Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 erhöht worden. In der Folge sahen sich die Krankenkassen mit einer Flut von Rechtsstreitigkeiten konfrontiert, weil viele Rentner/innen Widerspruch eingelegt hatten. Deshalb haben sich die Beteiligten nun über die Durchführung von Musterstreitverfahren verständigt.

(Ausführliches dazu in ‚Deutsche Polizei‘ März 2004)

16. Fachtagung: Kirche und DGB für würdige Arbeit

Die Zahl der Kinder, die mit ihrer Arbeit das Überleben ihrer Familie sichern, wächst. Derzeit müssen 200 Millionen Kinder weltweit arbeiten, beklagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer und der Vorsitzende der deutschen Kommission Justitia et Pax, der Trierer Bischof Reinhard Marx. Katholische Kirche und DGB wollen sich gemeinsam für menschenwürdigere Arbeitsbedingungen in aller Welt einsetzen. Marx betonte, dass die Zahl der so genannten informellen Arbeitsverhältnisse dramatisch zunehme. In Asien und Afrika seien bis zu 80 Prozent aller Arbeitsverhältnisse ohne jegliche vertragliche Absicherung, ohne rechtlichen Schutz und gültige Arbeitsnormen. Besonders stark betroffen seien Frauen und Kinder, sagte DGB-Chef Sommer. Kirche und DGB fordern daher eine weltweite Anerkennung des Rechts auf Organisation und Vereinigungsfreiheit, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen wirksam einzufordern und durchsetzen zu können. Bischof Marx und DGB-Chef Sommer, die den Dialog zwischen Gewerkschaft und Kirche intensivieren wollen, werden das Thema unwürdiger Arbeit im informellen Sektor auf einer gemeinsamen Fachtagung am 18. und 19. März in Berlin mit Experten diskutieren.

17. Fundamentalisten im Arbeitgeberlager?

„Ich beobachte mit großer Sorge, was da passiert. Wir haben einen BDI-Präsidenten, der Tarifverträge verbrennen und das Betriebsverfassungsgesetz in weiten Teilen Ostdeutschlands abschaffen will. Wir haben einen BDA-Präsidenten, der sich weigert, Verantwortung für die Bundesagentur für Arbeit zu übernehmen. Wir haben einen BDA-Präsidenten, der einen sehr vernünftigen Tarifabschluss im Südwesten bei Metall als unerträglich bezeichnet und gesetzliche Öffnungsklauseln fordert. Wir haben einen BDA-Präsidenten, der gegen die Ausbildungsplatzumlage ist und trotz jahrelangem Versagen der Wirtschaft bei der Ausbildung junger Menschen immer wieder verspricht, die Wirtschaft werde schon ausbilden. Und wir haben einen BDA-Präsidenten, der zusätzlich fordert, dass jeder Arbeitslose erstmal vier Wochen auf den Bezug von Arbeitslosengeld warten muss, weil man dann die Beiträge senken könnte. Wenn ich das alles zusammennehme, muss ich sagen: Mit solchen Vertretern der anderen Seite ist eine Zusammenarbeit ausgeschlossen. Ich fordere die Wirtschaftsverbände auf, endlich wieder zur Vernunft zu kommen. Eigentlich müssten Gewerkschaften und Arbeitgeber jetzt gemeinsam anpacken, aber die genannten Herren haben auf Klassenkampf von oben umgeschaltet. Ich bin es leid. Sie tun so, als ob der Dax-Index die Scharia der modernen Industriegesellschaft sei. Die Arbeitnehmer und ihre Familien machen um solche Auseinandersetzungen keinen Bogen.“

Auszug aus einem Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Sommer in der FR

18. Terminhinweise

- Industriestandort Mainz? Diskussionsrunde des DGB im Erbacher Hof in Mainz mit OB Jens Beutel, Dr. Günter Zimmer (Unternehmensgründer) und anderen am 1. April 2004, 17:00h.
- Otto Schily referiert am 27.3.2004 um 10:00h im Sendezentrum des ZDF in Mainz über „Deutschland erneuern: Die Rolle der Kommunen im Reformprozess“.
- Die Katholische Arbeitnehmerbewegung gestaltet am 30. April 2004 um 20:00h im Erbacher Hof in Mainz eine Podiumsdiskussion mit Sozialministerin Malu Dreyer, an der u.a. auch Kardinal Lehmann teilnehmen wird.
- NICHT VERGESSEN: Am 3. April finden in ALLEN Ländern Europas Demos gegen die Neoliberalisierung und die damit einhergehende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für uns statt. Die GdP RP fährt nach Stuttgart und Köln!

19. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?	Auto kaufen?	PSW 06131/96009-0.
------------	--------------	--------------------

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz